

Verantwortl. Redakteur: H. O. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:  
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,  
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Zeitspaltel oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neufamen 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

Annahme von Anzeigen Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: H. Woffe, Haacke & Wogler, G. L. Daube, Anold & Co., Berlin Dönh. Arndt, Mar. Gerstmann, Oberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Bard & Co., Hamburg Joh. Nootbaay, A. Steiner, Wilhelm Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Geimr. Eisler, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

## Abend-Ausgabe.

### Kaufmännisches Unterrichtswesen.

In den am 31. Januar und 1. Februar d. J. in Berlin unter dem Vorsitz des Ministers für Handel und Gewerbe gepflogenen Beratungen über die weitere Förderung des kaufmännischen Unterrichtswesens in Preußen wurden die Verhältnisse der kaufmännischen Fortbildungsschulen, der Handelsschulen und höheren Handelsschulen eingehend erörtert, auch die Frage der Errichtung einer Handelshochschule wurde einer gründlichen Diskussion unterzogen. Dabei stimmten alle Teilnehmer darin überein, daß es einer der vornehmsten Aufgaben des Staats, wie der kaufmännischen und kommunalen Korporationen sei, für eine genügende Ausbildung der Handlungslehrlinge und Gehilfen zu sorgen. Insbesondere hielt man eine erhebliche Vermehrung der kaufmännischen Fortbildungsschulen, deren es zur Zeit in Preußen nur 184 mit 14935 Schülern und 591 Schülerinnen gäbe, für durchaus erforderlich; die Bildung solcher Anstalten müsse an allen dafür geeigneten Orten nachdrücklich angebahnt werden. Ferner seien die Lehr- und Stundenpläne, so weit erforderlich, zu vereinfachen und in einer den praktischen Bedürfnissen entsprechenden Weise abzuändern, die Lehrzeile auf das erreichbare Maß zu beschränken und die Unterrichtsstunden da, wo dies noch nicht der Fall sei, auf wöchentlich mindestens 6 für jeden Schüler festzusetzen. Die Verlegung des Unterrichts von den Abend- in die Tagesstunden und die Einführung des obligatorischen Unterrichts im Wege des Lehrstatus wurden zur Erzielung befriedigender Lehrergebnisse als besonders notwendig bezeichnet. Bei Bildung der Schulpflichtigen sei hier auf eine ausreichende Vertretung der Handelskammern, der städtischen Behörden und des ortsanfängigen Gewerbestandes Bedacht zu nehmen; auch die Leiter der Schulen müßten ihnen angehören. Zu ihren Obliegenheiten gehöre die Überwachung und Verwaltung der Schulen im Allgemeinen, die Sorge für die Einhaltung des Lehr- und Stundenplanes, der Schulordnung, die Beschlußfassung über die Ernennung und den Entlass von Schullehrern, die Annahme und Entlassung der Lehrkräfte ausschließlich des Leiters, die Aufsicht und Mitwirkung bei den Prüfungen und der Vorschlag des Schulleiters. Zur Auszubildenden der Lehrer an Fortbildungsschulen hielt man neben Studienreisen, Fachkonferenzen, praktischer Beschäftigung in großen Handlungshäusern die Veranstaltung von Ferienkursen, in denen die Lehrer mit dem Unterrichtsstoff genau bekannt zu machen und über die zu befolgenden Lehrmethoden zu unterrichten seien, für geeignet. Wie den kaufmännischen Fortbildungsschulen, so solle auch den Handelsschulen und höheren Handelsschulen besondere Aufmerksamkeit geschenkt und deren Entwicklung unter Berücksichtigung der verschiedenartigen örtlichen Verhältnisse thunlich gefördert werden. Die Errichtung von Handelshochschulen wurde von keiner Seite befürwortet; wohl aber hielt man es für zweckmäßig, an den Universitäten und technischen Hochschulen da, wo dies noch nicht der Fall sei, zum Studium der Handelswissenschaften ausreichende Gelegenheiten zu geben. Die hierauf gerichteten Bestrebungen in München und anderen Städten sollten nach Möglichkeit unterstützt werden. Endlich wurde auch die Frage der Beaufsichtigung der gewerblichen Schulen im Allgemeinen und der kaufmännischen Bildungsanstalten im Besonderen eingehend erörtert und dabei wiederholt betont, daß zu ihrer sachgemäßen Durchführung die Anstellung von besonderen technischen Schulaufsichtsbekanntem (Gewerbeprüfern) bei den Provinzialbehörden notwendig sei. Der Inhalt der Verhandlungen wird im Handelsministerium zusammengestellt und dann der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

### In Oesterreich

geht es noch immer recht bunt zu. Im Wiener Gemeinderathe interpellirten gestern der Deutschnationale Nader und Genossen, ob die Deutsche Bank in Berlin eine jüdische oder arylische Bank und ob Direktor Siemens ein gefaufter oder ungetaufter Jude sei. Neger erwiderte, die Frage sei sehr wichtig und er wolle ebenso antworten: Daß bei der Deutschen Bank Juden seien, sei sehr wahrscheinlich, denn überall, wo Geld sei, seien auch Juden dabei. Mir ist keine Bank bekannt, welche getauft worden ist. Der Interpellant solle eine jüdenreine Welt schaffen. Was Siemens betrifft, so habe ich ihn nicht gebeten, mit seinem Taufnamen vorzutreten. Er steht indes wie ein behäbiger Deutscher aus, der nicht die Spur von einem Juden hat. Die Familie Siemens ist übrigens als christliche Familie bekannt und niemand sei im Stande, irgendwo einen jüdischen Blutsstropfen zu entdecken.

Im Prager Landtage interpellirten die Abgeordneten Pöppich und Gen. wegen der Anwesenheit des österreichisch-ungarischen Vizekönigs Herrn v. Szögény in der Hofloge bei der Aufhebung des Schauspielers „Der Burggraf“ im Berliner königlichen Schauspielhause. Die Interpellanten heben verschiedene, das geistliche Volk angeblich beleidigende Stellen des Stückes hervor und fragen, ob diese Beleidigungen werden abgestellt werden.

Der Hochschulfreik in Oesterreich ist nunmehr ein vollständiger. In Innsbruck hat der Senat der Universität mit Ermächtigung des Unterrichtsministers die Vorlesungen an den weltlichen Fakultäten auf 14 Tage suspendirt und aus Wien wird gemeldet, daß gestern auch die klinischen Vorlesungen an der Universität unterbrochen wurden. Die slavischen Studenten traten vielfach provokatorisch gegen die Deutschen auf. In einzelnen Fällen wurden heftige Zusammenstöße nur durch das Dazwischentreten der Professoren verhindert. Die slavischen Studenten haben sich telegraphisch an den jugoslawischen Landtagsklub gewandt, mit dem Ansuchen, bei der Regierung vorstellig zu werden, daß diese ihnen Schutz zu Theil werden lasse. In allen östlichen Oesterreichs herrscht also Anarchie gleichzeitig über ein bedenkliches Anschwellen des nationalen Hasses auch zwischen den Studenten gemeldet. Eine ganze Reihe von „Hörsälen“ zwischen Slaven und deutschen Studenten sind bereits vorgekommen und die Aufregung wächst dabei täglich.

Im Grozer Landtage verliest der slowene Rosina eine Interpellation in slowenischer Sprache, worauf großer Lärm entsteht und Anse: „Deutsch, deutsch!“ erlören. Der Landeshauptmann ersucht, den Redner sprechen zu lassen, und droht mit Räumung der Gallerie. Als Rosina in slowenischer Sprache fortfährt, entschließt neuerdings großer Lärm und die Anse: „Deutsch, deutsch!“ werden wieder laut. Der Landeshauptmann läßt hierauf die Gallerien räumen und unterbricht die Sitzung. Die slowenischen Galleriebesucher rufen beim Fortgehen „Bivio“, die Deutschen singen die „Wacht am Rhein“. Hierauf schließt Rosina seine Interpellation, wobei fortwährend gerufen wird: „Deutsch, deutsch!“ Der deutsch-nationale Abgeordnete Wals protestirt gegen die Herausforderung, die darin liegt, daß die Interpellation in slowenischer Sprache verlesen worden sei, worauf der slowene Rosina erklärt, daß auch in früheren Jahren anstandslos Petitionen in slowenischer Sprache verlesen wurden, und erklärt, die Slowenen würden sich in dem Gebrauch ihrer Muttersprache im Lande weder bei Interpellationen noch in der Verhandlung beeinträchtigen lassen. Die Geschäftsprache des slowenischen Landtages ist die deutsche, was natürlich die Zulassung slowenischer Petitionen nicht ausschloß, wohl aber die Einbringung von Interpellationen in einer anderen Sprache. (Red.) Abgeordneter Fürst befragt die Regierung wegen des Verbotes des Farbentragens und wünscht die Sicherstellung des ungeführten Studienfortganges durch Beteiligung dieses Gegenstandes. Rokitsch fragt in derselben Angelegenheit an und Abgeordneter Bizlar wegen der Zwischenfälle zwischen slowenischen und deutschen Studenten in Graz.

Weiter liegen folgende Nachrichten vor:  
**Wien, 4. Februar** Der österreichische Reichsrath wird, wie bestimmt verlautet, am 22. Februar zusammenzutreten.  
**Reichenberg i. B., 4. Februar.** Der Handels-Senat des hiesigen Kreisgerichts wies heute das Verlangen, daß geistlich verhandelt werden solle, mit der Begründung ab, daß die Verhandlungssprache des Kreisgerichts Reichenberg die deutsche ist, da die Sachen einen unbedeutenden Prozentsatz des Gerichtsprangels ausmachen.  
**Leipzig, 4. Februar.** Landtag. Der Landtag nahm mit allen Stimmen der Slowenen gegen die Stimmen der deutschen Minderheit den Dringlichkeitsantrag des Abg. Pryor an, welcher die Regierung auffordert, die sofortige Wiederaufnahme der zeitweise eingestellten Vorlesungen an allen Universitäten und Hochschulen in Betreff der slavischen Studenten veranlassen zu wollen und vorzuziehen, daß die Studirenden aller slavischen Nationen an allen Hochschulen der akademischen Rechte unterstützt theilhaftig würden. Im Lauf der Debatte erklärte der Landespräsident Freiherr von Hein, daß Niemand die Ausschreitungen der irragelerten Jugend mehr beklage, als die Regierung. In den bisherigen Maßnahmen der Regierung lasse sich unmöglich eine Kapitulation erblicken. Der Landespräsident verweist auf die ersten Worte, welche der Ministerpräsident den Redatoren gegenüber gesprochen habe.

zige eines allgemeinen, großen deutschen Verbandes zu berathen. Aus einer großen Anzahl von Städten lagen Zustimmung- und Beitrittserklärungen vor. Ein Entwurf, der im Wesentlichen folgendes enthält, wurde nach längerer Erörterung, an der sich Geheimrer Regierungsrath Dr. Jäger, Dr. Hirschberg, Dr. Pige, Assessor Guio, Dr. Salkrow und Andere betheiligten, genehmigt. Die Arbeitsnachweise Deutschlands, deren Vertreter am heutigen Tage in Berlin versammelt sind, begründen einen Verband, der den Namen führt: „Verband deutscher Arbeitsnachweise“. Der Sitz des Verbandes ist Berlin. Zweck des Verbandes ist die Förderung der gemeinsamen Interessen der Arbeitsnachweise, insbesondere:  
 a) die Aufstellung einer tausenden Statistil über die Betriebsverhältnisse der Arbeitsnachweise nach einheitlichen Grundzügen und die Förderung verwaltungstechnischer Fragen; b) die Einwirkung auf die Errichtung von Arbeitsnachweisen in Deutschland und die Bildung kleiner Vereinigungen innerhalb des Verbandes behufs Anschließens von Arbeitsangebot und Nachfrage; c) die Vermittlung des Verkehrs mit anderen Verbänden; d) die Vertretung der gemeinsamen Interessen nach außerhalb; e) die Veranstaltung von Konferenzen zur Vertretung und zum Austausch von Erfahrungen. Mitglied des Verbandes kann jeder Arbeitsnachweise werden, der nicht gewerbsmäßig betrieben wird, desgleichen jede Vereinigung von Arbeitsnachweisen. Die dem Verband angehörigen Arbeitsnachweise behalten ihre volle Selbstständigkeit und sind insbesondere berechtigt, lokalen oder sonstigen Vereinigungen von Arbeitsnachweisen beizutreten. Vorstandsmitglieder sind Assessor Dr. Freund, Professor Böhmert-Dresden und Assessor Naumann-Damburg, die auch dem Ausschuß angehören. Dessen gehören noch an Reichsrath Wessinger-München, Gemeinderath Stadtmeyer-Suttgart, Geh. Oberfinanzrath Fuchs-Karlsruhe, Herr Arnolds-Münster, Stadtrath Fleck-Frankfurt a. M., Donniker-Groß-Münster, Stadtrath Mark-Breslau und Herr v. d. Golz-Strasbourg.

Der gestrigen Sitzung des königl. Preuss. Landes-Defonome-Kollegiums wohnte auch der Kaiser bei. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete: der Einfluß des Ausbaues eines Netzes einheimischer Wasserkräften auf die wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Landwirtschaft, und wurde nach sehr langer Debatte folgendes beschlossen: „Durch den Ausbau eines Netzes von Wasserkräften, welche den Rhein mit der Ems, Weser und Elbe verbinden, wenn solche nach den bisher ausgearbeiteten Projekten zur Ausführung gelangen, werden den durchschnittenen Landesstrichen einerseits Vortheile, andererseits unvermeidliche Nachteile zugefügt. Mit Rücksicht auf die Landeskultur hat deshalb die einheimische Landwirtschaft kein erhebliches Interesse an dem Ausbau dieser Kanäle. Durch den nach Fertigstellung dieser Wasserkräften ermöglichten billigeren Bezug von Bedarfsartikeln der Landwirtschaft (Düngematerialien, künstliche Düng- und Futtermittel u. s. w.) erwächst einem Theile der deutschen Landwirthe ein nicht unerheblicher Vortheil. Dem Nutzen, welchen der billige Verkehr der einheimischen Land- und forstwirtschaftlichen Produkte auf Wasserwegen einem Theile der Landwirthe — und zwar vorwiegend den von den Konjunkturplagen entsetzt liegenden Betrieben — erwächst, steht ein größerer Schaden durch den erleichterten Import ausländischer Produkte gegenüber. Dem Ausbau eines Netzes einheimischer Wasserkräften braucht im Interesse der deutschen Land- und forstwirtschaft nur dann nicht entgegengetreten zu werden, wenn entweder durch ausreichende Schutzgelder oder durch entsprechende Kanalabgaben eine Entlastung des Imports von Produkten der Land- und forstwirtschaft dauernd verhindert wird.“ Ferner wurde noch beschlossen: „Der Ausbau eines Netzes lokaler Wasserkräften wird in der Regel im Interesse der Landwirtschaft liegen.“

Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin haben an das Staatsministerium eine Eingabe betreffend den Gesetzentwurf zur Siderung von Anforderungen gerichtet, welche nach Wiedrigung der Sadtage und der durch den Entwurf herbeizuführenden Aenderung derselben mit folgenden Sätzen schließt: „Nach alledem können wir den mit den Entwürfen gemachten Versuch einer Lösung des so außerordentlichen schwierigen Problems, durch welches die mühsam erdichte Rechtsseinheit auf zivilrechtlichen Gebieten nach vor Inkrafttreten der grundlegenden Gesetze durchbrochen wird, als einen gelungenen nicht ansehen. Ohne die Schwierigkeiten und Bedenken anderer Lösungsvorschläge zu verlernen, würde nach unserem Dafürhalten zu erwägen sein, ob einer Regelung, wie sie in den Entwürfen vorgezeichnet wird, nicht vielleicht die gesetzlich anzuordnende Stellung einer Vorkautlon von Seiten des Vauausführenden der hier veruchten Vrt der Sicherstellung der Bauhandwerker vorzuziehen sein würde. Den vorerwähnten Entwürfen aber bitten wir gehorsamt als ungeeignet für eine gesetzgebende Behandlung keinen weiteren Fortgang geben zu wollen.“

Der umfangreichen Begründung, die dem Gesetzentwurf über die Bewilligung von Staatsmitteln zur Befreiung der Hochwasserhädigen beigegeben ist, entnehmen wir einige Mittheilungen. Im Regierungsbezirk Rheinl sind die Privatfäden mit 6446 090 M. berechnet. Davon sind 1689 440 M. durch Privatwohltätigkeit bereits gedeckt. Die öffentlichen Schäden stellen sich auf 1 912 710 M. Nicht berechnet sind dabei 362 190 M. Schäden, welche einzelne Kreisverbände an ihren öffentlichen Anlagen erlitten haben, da die Kreise nicht als leistungsunfähig erachtet werden können. Außer den vorbezeichneten Summen sind für dringliche Fußgängerumgehungen im Regierungsbezirk Rheinl 472 000 M. eingestelt worden. Ferner hält der Oberpräsident zur Räumung und Verlegung der im Hochwassergebiete liegenden Gebäude, Stau- und Webranlagen, Brücken u. s. w. im Vorhutsinteresse den Betrag von 750 000 M. für erforderlich. Im Regierungsbezirk Breslau betragen die Privatfäden 445 000 M., die aber wegen reichlicher Zuwendungen von Mitteln der Privatwohltätigkeit nicht in Rechnung gestellt sind, so daß staatliche Beihilfen dafür nicht erforderlich erscheinen. Die öffentlichen Schäden sind im Regierungsbezirk Breslau auf 285 950 M. ermittelt. Im Regierungsbezirk Pöppeln sind die Privatfäden, als minder erheblich, außer Betracht gelassen.

Sache von den Romenisten zur Sprache gebracht werden, die ja überhaupt einen großen parlamentarischen Feldzug planen. Dieser wird von der Aufschwübigung ausgehen, daß die liberale Regierung durch die Einführung der Autonomie auf Cuba die Verfassung verletzt habe. Die orthodoxen Konserwativen und die Silvestriken haben dagegen vor einigen Tagen bei einem Bankett zu Ehren Sibals ein Verbrüderungsfest gefeiert, dessen Wirkungen ja wohl für die Wahlperiode vorhalten werden. Gestern fand hier eine große Studentenkundgebung statt, bei der es, dank der Umsicht des Provinzialgouverneurs Aquilera, zu keinen Ausschreitungen kam. Das demokratische Blatt „El Progreso“ hatte am 21. d. M. in einem Artikel die spanische Studentenschaft der Charakterlosigkeit, der Kalkienhaftigkeit und der Gefinnungslosigkeit beschuldigt, ihr hauptsächlich aber auch ihren Ultramontanismus vorgeworfen. Diese an sich nicht ganz unberechtigten Vorwürfe empörten die Studenten auf das schmerzlichste und sie wünschten, die ihnen zugefügte Schmach zu sühnen. Nach langen Verhandlungen wurde von Aquilera die Kundgebung gestattet, die gestern stattfand und sich darauf beschränkte, daß etwa 3000 Studenten an dem Reaktionsklub des „Progreso“ vorbeimarschirten; selbst Pfeifen und Breatruse waren untersagt. Eine Segenkundgebung der Freunde des „Progreso“ wurde ganz verboten.

**England.**  
**London, 4. Februar.** Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Rom: Eine Expedition, die gegen die Stämme im Eritralande operirte, hatte ein ernstes Gefecht zu bestehen. Die Kapitäne Middleton und Fenton wurden verwundet. Fenton ist inzwischen gestorben. Weitere Unfälle sind nicht bekannt.

**Asien.**  
**Yokohama, 4. Februar.** (Telegramm des „Reuter'schen Bureau“.) Die japanische Flotte nimmt gegenwärtig Manöver vor und wird später in den chinesischen Gewässern kreuzen.

**Arbeiterbewegung.**  
**Kopenhagen, 4. Februar.** Zwischen den Arbeitern, die mit der Lösung der Kohlenfrage beschäftigt sind, und den hiesigen Kohlenimporteurs ist ein ernstlicher Konflikt ausgebrochen mit partiellem Arbeiterausstand. Ursache ist die Forderung der Arbeiter, daß die Importeure die Lösung mit dem Dampftrah und anderen mechanischen Einrichtungen aufgeben sollen. Der Ausstand droht allgemein zu werden. Es streiken 700 Mann. Mehrere Dampfer wurden nur mit Schwierigkeit von der eigenen Matrosen geleitet.

**Stettiner Nachrichten.**  
**Stettin, 5. Februar.** Zum Künstlerfest im Stadttheater garten die Vorbereitungen immer weiter und dürfte dasselbe eine reiche Abwechslung bieten; auch eine Festschrift wird aus Anlaß desselben herausgegeben, welche u. A. auch Handschriften berühmter Männer bringen wird.  
 — Das Künstlerfest am Bellevue-Theater hat auch ein erfreuliches finanzielles Resultat gehabt. Für Eintrittskarten wurden 1513 Mark vereinnahmt und der Erlös des Jahrmarktes zc. brachte die ansehnliche Summe von 1470 Mark, so daß die Gesamt-Einnahme 2983 Mark beträgt. Den Netto-Ertrag wird das Komitee in den nächsten Tagen bekannt machen.  
 — Der Spielplan des Bellevue-Theaters für die nächsten Tage ist in folgender Weise festgelegt: Sonntag Nachmittags, kleine Preise, „Die schöne Helena“, Abends zum ersten Male „Die fünfte Schwadron“, Montag, kleine Preise, „Der Bettelstudent“, Dienstag „Die fünfte Schwadron“, Mittwoch „Das Glas Wasser“ mit Herrn Dir. Neumann als „Vollingbrote“.  
 — Auch im Bellevue-Theater beginnt die Zeit der Benefize, den Reigen eröffnet der Ober-Regisseur Herr Willy Werthmann und hat derselbe für seinen auf Freitag, den 11. d. M., festgelegten Ehrenabend ein altes zugkräftiges Schauspiel zur Aufführung gewählt: den Farzer von Kirchfeld. Durch die besten Kräfte sind die Hauptrollen besetzt, der Benefiziant selbst giebt den „Wurzelschupp“, Fr. Staehler die „Anna“ und Herr Maadob die Titelfrolle. Herr Werthmann gehört nicht nur zu den ältesten, sondern auch zu den beliebtesten Mitgliedern des Bellevue-Theaters und verdient als Darsteller wie als Regisseur gleiche Anerkennung, es wäre ihm zu wünschen, daß er an seinem Ehrenabend durch ein volles Haus erreicht würde.  
 — Im Konkordia-Theater tritt seit dem 1. d. M. wieder ein neues Ensemble auf, besonderen Beifall erntet ein „Palais de Fantodie“. Das ganze Programm ist überaus humorvoll und unterhaltsam.  
 — Im Zirkus Schumann finden am morgigen Sonntag wieder zwei Vorstellungen statt, in der Nachmittags-Vorstellung ist es jedem Besucher gestattet, ein Kind frei einzuführen, obwohl auch in dieser Vorstellung Mr. Seeth mit seinen Löwen auftritt. Diese Löwendressur hat auch am gestrigen Abend einen stürmischen Erfolg gehabt und kann mit Recht als einzig dastehend bezeichnet werden. Den schönsten Anblick gewährt es, wenn die 13 mächtigen Löwen, denn so viel sind es, gleichzeitig in die Manege kommen und sich darin tummeln, um dann gehorsam dem Wort resp. Blick ihres Gebieters zu folgen.  
 — Ueber das Vermögen des Kempnermeisters Julius Hauff, Frankfurterstraße 52, ist das Konkursverfahren eröffnet. Anmeldefrist: 10. April.  
 — Das der Papierstoffabrik gebürige Schützenhaus zu Aldamm ist auf 3 Jahre an Herrn Scheel in Aldamm verpachtet. Die Uebernahme erfolgt am 1. März.  
 — Der Verband Deutscher Handlungsgehilfen in Pöppeln hat alle Ursache, mit den Erfolgen seiner Stellenermittlung im vorigen Jahre wieder recht zufrieden zu sein. Durch den regen Eifer seiner Kreisverbände und durch die unermüdete Thätigkeit seiner Geschäftsstellen, nicht zum Mindesten auch in Folge des Wohlwollens der Prinzipale konnte der Verband 3621 Stellen besetzen, wesentlich

### Deutschland.

**Berlin, 4. Februar.** Ein Verband deutscher Arbeitsnachweise ist gestern hier ins Leben getreten. Unter dem Vorsitz des Magistrats-Assessors Dr. Freund traten Vertreter der Städte Frankfurt a. M., Erfurt, Dresden, Danabrad, Frankfurt a. O., Mühlhausen i. Th., Aachen, Münster, Münden-Gladbach, Breslau, Hamburg, Wiesbaden und Berlin in der Halle a. S., Wiesbaden 41 zusammen, um über die Grund-

